

18. September 2014
1 von 11

Niederschrift

über die 37. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am **Mittwoch, 10. September 2014, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Petra Friedrich, Vorsitzende, SPD
Dorothee Köpp, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Anke Bergmann, Mitglied, SPD
Wolfgang Decker MdL, Mitglied, SPD
Hermann Hartig, Mitglied, SPD
Enrico Schäfer, Mitglied, SPD (Vertretung für Christian Geselle)
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD
Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne
Kerstin Linne, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Karl Schöberl)
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne
Georg Lewandowski, Mitglied, CDU
Waltraud Stähling-Dittmann, Mitglied, CDU (Vertretung für Bernd-Peter Doose)
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Frank Oberbrunner, Mitglied, FDP
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Marina Kuchminskaja-Eimer, Vertreterin des Ausländerbeirates
Klaus Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates (ab 18:30 Uhr/TOP 8)

Magistrat

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD
Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD
Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD
Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Ruth Fürsch, Mitglied, B90/Grüne

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Wolfram Schäfer, Revisionsamt
 Michael Schreyer, Kämmerei und Steuern
 Frank Grützmacher, Kämmerei und Steuern
 Ingo Happel-Emrich, Hauptamt
 Dr. Joachim Benedix, Personal- und Organisationsamt
 Anita Bodenbach, Bauverwaltungsamt

Tagesordnung:

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| 1. Feststellung des Jahresabschlusses 2013 für KASSELWASSER -
Eigenbetrieb der
Stadt Kassel- | 101.17.1375 |
| 2. Gesundheit Nordhessen Holding AG
Änderung der Ergebnisabführungsverträge (EAV) auf Grund § 17
Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des
Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG) | 101.17.1394 |
| 3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2014; - Liste 2/2014 - | 101.17.1397 |
| 4. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2014; - Liste V/2014 - | 101.17.1398 |
| 5. Offenlegung der Wirtschaftspläne der städtischen Beteiligungen | 101.17.1383 |
| 6. Touristisches Konzept "Stadt am Fluss" | 101.17.1386 |
| 7. Attraktives Angebot für Camping- und Reisemobiltouristen | 101.17.1395 |
| 8. Wiederkehrende Straßenbeiträge | 101.17.1402 |
| 9. Zukunft der Markthalle | 101.17.1410 |

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 3. September 2014 ordnungsgemäß einberufene 37. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

1. **Feststellung des Jahresabschlusses 2013 für KASSELWASSER - Eigenbetrieb der Stadt Kassel-**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1375 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„ Der testierte Jahresabschluss per 31.12.2013 von KASSELWASSER wird festgestellt.
Über die Gewinnverwendung wird wie folgt entschieden:

1. Der Gewinn Abwasser des Geschäftsjahres 2013 i.H.v. 4.347.417,89 Euro und der Gewinn Trinkwasser i.H.v. 19.650,71 Euro ist auf neue Rechnung des Jahres 2014 vorzutragen.

3 von 11

2. Von dem Gewinnvortrag 2013 i.H.v. 4.846.364,03 Euro sind 780.000,00 Euro an die Stadt Kassel als Eigenkapitalverzinsung abzuführen und 4.066.364,03 Euro der Rücklage Abwasser zuzuführen. Der Rücklage Abscheider sind 65.893,61 Euro (Verlust 2012) zu entnehmen und der Rücklage Abwasser zuzuführen.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, FDP

Ablehnung: Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Feststellung des Jahresabschlusses 2013 für KASSELWASSER - Eigenbetrieb der Stadt Kassel-, 101.17.1375, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hermann Hartig

2. Gesundheit Nordhessen Holding AG

Änderung der Ergebnisabführungsverträge (EAV) auf Grund § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1394 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die zwischen der Gesundheit Nordhessen Holding AG und

- Klinikum Kassel GmbH,
- Krankenhaus Bad Arolsen GmbH,
- Kreiskliniken Kassel GmbH,
- Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH,
- ökomed GmbH,
- Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH – Tagesklinik für Rehabilitation und Prävention,
- Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum GmbH,

bestehenden Ergebnisabführungsverträge, sowie der Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Klinikum Kassel GmbH und der ZMV GmbH, werden in § 4 wie folgt geändert:

§ 4 (alt)
Verlustübernahme

§ 302 AktG gilt entsprechend.

§ 4 (neu)
Verlustübernahme

Für die Verlustübernahme gelten die Vorschriften des § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung entsprechend.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gesundheit Nordhessen Holding AG
Änderung der Ergebnisabführungsverträge (EAV) auf Grund § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG i. d.
Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG), 101.17.1394, wird
zugestimmt.

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, bringt für seine Fraktion einen
Änderungsantrag ein.

➤ Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke

Die Magistratsvorlage Gesundheit Nordhessen Holding AG, 101.17.1394, wird durch die
Punkte ergänzt:

3. Für die Stadtverordneten wird in den Beherrschungs- und
Gewinnabführungsverträgen zwischen Städtischen Gesellschaften und deren
Tochterunternehmen das Recht der Einsichtnahme in alle Geschäftsvorgänge
verankert.
4. Den Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten werden die Protokolle der
Aufsichtsgremien zugänglich gemacht.

Der Magistrat wird beauftragt, entsprechende Regelungen in die Verträge aufzunehmen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Gesundheit Nordhessen Holding AG, Änderung der Ergebnisabführungsverträge (EAV) auf Grund § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG), 101.17.1394, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dorothee Köpp

- 3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2014; - Liste 2/2014 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1397 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 100 Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 2/2014 enthaltenen überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen

im Ergebnishaushalt in Höhe von 62.000,00 €
im Finanzhaushalt in Höhe von 280.000,00 €

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr; - Liste 2/2014 -, 101.17.1397, wird **zugestimmt**.

6 von 11

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Stähling-Dittmann

4. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2014; - Liste V/2014 -
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1398 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von den in der beigefügten Liste V/2014 gemäß § 100 Abs. 1 HGO bewilligten Aufwendungen/Auszahlungen

im Ergebnishaushalt in Höhe von 85.000,00 €
im Finanzhaushalt in Höhe von 202.000,00 €

Kenntnis zu nehmen.

Oberbürgermeister Hilgen und Stadtkämmerer Dr. Barthel beantworten gemeinsam die Fragen der Ausschussmitglieder. Im Rahmen der Diskussion übernimmt Stadtverordneter Hartig, SPD-Fraktion, für den Magistrat folgenden Änderungsantrag, da nach den Richtlinien für die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen die Stadtverordnetenversammlung für die Bewilligung der Liste zuständig ist.

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 100 Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste enthaltenen überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen

im Ergebnishaushalt in Höhe von 85.000,00 €

im Finanzhaushalt in Höhe von 202.000,00 €.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2014; - Liste V/2014 -, 101.17.1398, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 100 Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste enthaltenen überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen

im Ergebnishaushalt in Höhe von 85.000,00 €

im Finanzhaushalt in Höhe von 202.000,00 €.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2014; - Liste V/2014 -, 101.17.1398, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Frank Oberbrunner

5. **Offenlegung der Wirtschaftspläne der städtischen Beteiligungen**

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1383 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt die Wirtschaftspläne für die Gesellschaften mit städtischer Beteiligung auf der Internetseite der Stadt Kassel zu veröffentlichen.

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag seiner Fraktion. Stadtkämmerer Dr. Barthel nimmt dazu Stellung.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Offenlegung der Wirtschaftspläne der städtischen Beteiligungen, 101.17.1383, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

6. Touristisches Konzept "Stadt am Fluss"

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1386 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Kassel-Marketing, den betroffenen Nutzern und Ortsbeiräten für den Bereich der Fulda ein touristisches Nutzungskonzept unter Einbeziehung der privaten und öffentlichen Liegestellen für die Sport- und Personenschifffahrt zu entwickeln. Bei der Entwicklung soll ein besonderer Fokus auf folgende Punkte gelegt werden:

- Schaffung von Anlegern für Sportboote am rechten Ufer auf der Höhe des Hauses der Jugend und im Bereich Neue Mühle
- Förderung von Bootstouren im Bereich der Personenschifffahrt, aber auch zum Beispiel mit dem Kanu, Kajak, Ruderboot und Ähnlichem
- Wasserbezogener Tourismus/Campingtourismus
- Tret-, Ruder- und Motorbootsvermietung
- Wassertourismus im engeren Sinne, z. B. Wasserwanderungen
- Anbindung Kassels an die überregionalen Sportbootverkehre über die Bundeswasserstraßen Fulda und Weser
- Bootschartertourismus
- Maritime Veranstaltungen am Fluss
- Förderung gastronomischer Angebote im Bereich des Flusses
- Verbesserung der Erreichbarkeit des Flusses
- Auflage einer Broschüre „Stadt am Fluss“ als Fuldaführer

Stadtverordnete Trinczek, CDU-Fraktion, begründet den Antrag ihrer Fraktion.
Stadtbaurat Nolda nimmt Stellung zu diesem Antrag. Im Rahmen der Diskussion ändert
Stadtverordnete Trinczek, CDU-Fraktion, den Antrag ihrer Fraktion wie folgt ab:

9 von 11

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Kassel-Marketing, den betroffenen Nutzern und Ortsbeiräten für den Bereich der Fulda ein touristisches Nutzungskonzept unter Einbeziehung der privaten und öffentlichen Liegestellen für die Sport- und Personenschiffahrt zu entwickeln.

Konzeptvorstellung zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion betr. Touristisches Konzept "Stadt am Fluss",
101.17.1386, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

7. Attraktives Angebot für Camping- und Reisemobiltouristen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1395 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, vor der aktuell bestehenden Tatsache, dass die Stadt Kassel seit mehr als einem Jahr keinen Campingplatz mehr hat und das Angebot eines Reisemobilplatzes mehr als dürftig ist und von den Besuchern immer weniger angenommen wird, in Zusammenarbeit mit Kassel Marketing und der Museumslandschaft Hessen Kassel unverzüglich noch in diesem Jahr ein vernünftiges Übergangsangebot für die Besucher der Stadt und des Weltkulturerbes in diesem Bereich des Tourismus zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus ist der Magistrat aufgefordert, bis zum Frühjahr 2015 dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt Kassel für die Zielgruppe der Camping- und Reisemobiltouristen ein attraktives Angebot dauerhaft bieten kann.

Stadtverordnete Trinczek, CDU-Fraktion, begründet den Antrag ihrer Fraktion.
Oberbürgermeister Hilgen erläutert die bisherigen Aktivitäten des Magistrats bezüglich der Schaffung entsprechender Angebote.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: CDU, FDP
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Attraktives Angebot für Camping- und Reisemobiltouristen, 101.17.1395, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Günther Schnell

8. Wiederkehrende Straßenbeiträge

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.1402 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, um die Straßenbeitragssatzung dahingehend zu ändern, dass Straßensanierungen über wiederkehrende Beiträge sozialverträglich finanziert werden können.

Stadtverordneter Oberbrunner, FDP-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.
Oberbürgermeister Hilgen und Stadtbaurat Nolda erklären, dass der Magistrat keine Möglichkeiten sieht, die Straßenbeitragssatzung wie gefordert zu ändern.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: FDP
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Wiederkehrende Straßenbeiträge, 101.17.1402, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dieter Beig

9. Zukunft der Markthalle
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1410 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 18:51 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Andrea Herschelmann
Schriftführerin